



Entscheid

Nr. 254 840 vom 20. Mai 2021
in der Sache RAS X / IX

In Sachen: X

Bestimmter Wohnsitz: in der Kanzlei von Rechtsanwalt T. BARTOS
Rue Sous-le-Château 13
4460 Grâce Hollogne

gegen:

den belgischen Staat, vertreten durch die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten, der Volksgesundheit und des Asyls und der Migration , derzeit den Staatssekretär für Asyl und Migration.

DIE DIENSTTUENDE PRÄSIDENTIN DER IX. KAMMER,

Gesehen den Antrag, den X, der erklärt nigerianischer Staatsangehöriger zu sein, am 20. März 2020 eingereicht hat, um die Nichtigerklärung des Beschlusses des Beauftragten der Ministerin der Sozialen Angelegenheiten, der Volksgesundheit und des Asyls und der Migration vom 12. März 2020 zur Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen mit Festhaltung im Hinblick auf Entfernung und des Beschlusses desselben Beauftragten vom 12. März 2020 zum Einreiseverbot, zu beantragen.

Unter Berücksichtigung des Titels *Ibis*, Kapitel 2, Abschnitt IV, Unterabschnitt 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern.

Gesehen den Schriftsatz mit Anmerkungen und die Verwaltungsakte.

Gehört den Bericht der Richterin für Ausländerstreitsachen A. WIJNANTS.

Gehört die Anmerkungen der Rechtsanwältin A. HAEGERMAN, die *locum tenens* Rechtsanwalt T. BARTOS für die antragstellende Partei erscheint und der Rechtsanwältin L. RAUX, die *locum tenens* Rechtsanwälte D. MATRAY und S. MATRAY für die beklagte Partei erscheint.

FASST NACH BERATUNG DEN FOLGENDEN ENTSCHEID:

1. Dienliche Daten zur Beurteilung der Sache

1.1. Mit dem ersten angefochtenen Beschluss vom 12. März 2020 wurde dem Antragsteller eine Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen mit Festhaltung im Hinblick auf Entfernung erlassen. Er lautet wie folgt:

"Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen

Herr, der erklärt wie folgt zu heißen:

Name: M.A.

Vorname: A.

[...]

Staatsangehörigkeit Nigeria

wird angewiesen, das Staatsgebiet Belgiens und das Staatsgebiet der Staaten zu verlassen, die den Schengen-Besitzstand vollständig anwenden, außer wenn er die erforderlichen Dokumente besitzt um in diese Staaten einzureisen.

BEGRUNDUNG DES BESCHLUSSES UND DER TATSACHE, DASS KEINE FRIST EINGERAUMT WIRD, DAS STAATSGEBIET ZU VERLASSEN:

Der Betreffende wurde vor Beschlussfassung am 11.03.2020 von den Diensten der Polizeizone Weser-Goehl vernommen und seine Aussage wurde berücksichtigt

Die Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen wird in Anwendung des folgenden Artikels des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 Ober die Einreise ins Staatsgebiet den Aufenthalt die Niederlassung und das Entfernen von Auslandem und auf der Grundlage folgender Sachverhalte und/oder Feststellungen ausgestellt

Artikel 7 Absatz 1:

- 1. wenn er im Königreich verbleibt ohne Inhaber der aufgrund von Artikel 2 des Gesetzes erforderlichen Dokumente zu sein.

Der Betreffende besitzt zum Zeitpunkt seiner Festnahme weder einen gültigen Pass noch ein gültiges Visum.

Der Betreffende ist am 11.03.2020 von den Diensten der Polizeizone Weser-Geohl vernommen worden und hat erklärt, weder Familie oder minderjährige Kinder in Belgien noch gesundheitliche Probleme zu haben.

So hat der Beauftragte des Staatssekretärs in seinem Entfernungsbeschluss die Bestimmungen von Artikel 74/13 berücksichtigt

Artikel 74/14: Grund, aus dem keine Frist für eine freiwillige Ausreise eingeräumt wurde:

- Artikel 74/14 § 3 Nr. 1: Es besteht Fluchtgefahr.

Bei der Betreffenden besteht Fluchtgefahr

1. Der/Die Betreffende hat nach seiner illegalen Einreise beziehungsweise während seines illegalen Aufenthalts keinen Aufenthaltsantrag oder Antrag auf internationalen Schutz eingereicht oder hat seinen Antrag nicht binnen der im Gesetz vorgesehenen Frist gestellt.

Aus der Verwaltungsakte geht nicht hervor, dass er versucht hat, seinen Aufenthalt auf die gesetzlich vorgesehene Weise zu regularisieren.

3. Der Betreffende arbeitet nicht mit den Behörden zusammen oder hat nicht mit diesen Behörden zusammengearbeitet

Der Betreffende ist innerhalb der durch Artikel 5 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 vorgesehenen Frist nicht in der Gemeinde vorstellig geworden und weist in keiner Hinsicht nach, dass er im Hotel übernachtet Rückführung zur Grenze

Der Betreffende wurde vor Beschlussfassung am 11.03.2020 von den Diensten der Polizeizone Weser-Goehl vernommen und seine Aussage wurde berücksichtigt

BEGRUNDUNG DES BESCHLUSSES:

In Anwendung von Artikel 7 Absatz 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 Ober die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Auslandem ist es erforderlich, den Betreffende unverzüglich zur Grenze zurückzuhören zu lassen, mit Ausnahme der Grenzen zu den Staaten, die den Schengen-Besitzstand anwenden, und zwar aus folgenden Gründen: Grund, aus dem keine Frist für eine freiwillige Ausreise eingeräumt wurde: I

Bei der Betreffenden besteht Fluchtgefahr:

1. Der/Die Betreffende hat nach seiner illegalen Einreise beziehungsweise während seines illegalen Aufenthalts keinen Aufenthaltsantrag oder Antrag auf internationalen Schutz eingereicht oder hat seinen Antrag nicht binnen der im Gesetz vorgesehenen Frist gestellt. Aus der Verwaltungsakte geht nicht hervor, dass er versucht hat, seinen Aufenthalt auf die gesetzlich vorgesehene Weise zu regularisieren.

3. Der Betreffende arbeitet nicht mit den Behörden zusammen oder hat nicht mit diesen Behörden zusammengearbeitet. Der Betreffende ist innerhalb der durch Artikel 5 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 vorgesehenen Frist nicht in der Gemeinde vorstellig geworden und weist in keiner Hinsicht nach, dass er im Hotel übernachtet. Der Betreffende ist am 11.03.2020 von den Diensten der Polizeizone Weser-Goehl vernommen worden und hat erklärt, dass Gangs in seinem Heimatland

versuchten, ihn zu töten. Wir stellen fest, dass der Betreffende aufgrund seiner Erläuterungen nicht nachweist dass ein Verstoß gegen Artikel 3 der EKMR vorliegt. Um einen Verstoß gegen Artikel 3 der EKMR feststellen zu können, muss der Betreffende nachweisen, dass stichhaltige und schwerwiegende Gründe zu der Annahme vorliegen, dass er in Nigeria, einem ernsthaften und gegenwärtigen Risiko der Folter oder unmenschlicher beziehungsweise erniedrigender Bestrafung oder Behandlung ausgesetzt ist. Die einfache Anführung eines vermeintlichen Verstoßes gegen Artikel 3 der EKMR reicht nicht aus. Der Betreffende führt keinen Sachverhalt an, durch den nachgewiesen wird, dass er an einer Krankheit leidet die ihn daran hindert, in sein Herkunftsland zurückzukehren. Artikel 3 der EKMR gewährleistet nicht das Recht auf dem Staatsgebiet eines Staates zu verbleiben, nur weil dieser Staat bessere medizinische Pflege als das Herkunftsland anbieten kann und die Umstände für die Entfernung den Gesundheitszustand oder die Lebenserwartung des Ausländer beeinflussen. Diese Sachverhalte reichen nicht aus, um einen Verstoß gegen die Bestimmungen dieser Konvention darzustellen. Nur in ganz besonderen Fällen, in denen humanitäre Gründe gegen eine Zwangsentfernung sprechen, steht ein Verstoß gegen Artikel 3 der Europäischen Konvention zur Debatte; dies scheint jedoch im vorliegenden Fall nicht zuzutreffen [...]“

1.2. Mit dem zweiten angefochtenen Beschluss wird gegen den Antragsteller ein Einreiseverbot für einen Zeitraum von zwei Jahren aus folgenden Gründen verhängt:

„Herr, der erklärt, wie folgt zu heißen:

Name: M.A.

Vorname: A.

[...]

Staatsangehörigkeit Nigeria

wird ein Einreiseverbot für eine Dauer von 2 Jahren auferlegt

für das Staatsgebiet Belgiens und das Staatsgebiet der Staaten, die den Schengen-Besitzstand*2 vollständig anwenden, außer wenn er die erforderlichen Dokumente besitzt um in diese Staaten einzureisen.

Mit diesem Einreiseverbot geht der Entfernungsbefehl vom 12.03.2020 einher.

BEGRUNDUNG DES BESCHLUSSES:

Der Betreffende wurde vor Beschlussfassung am 11.03.2020 von den Diensten der Polizeizone Weser-Goehl vernommen und seine Aussage wurde berücksichtigt

Das Einreiseverbot wird in Anwendung des folgenden Artikels des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet den Aufenthalt die Niederlassung und das Entfernen von Auslandem und auf der Grundlage folgender Sachverhalte ausgestellt

Artikel 74/11 § 1 Absatz 2: Entfernungsbefehl/ausreise gehen mit einem Einreiseverbot einher, falls:

1. keine Frist für eine freiwillige Ausreise eingeräumt wurde und/oder;

Bei der Betreffenden besteht Fluchtgefahr

1. Der/Die Betreffende hat nach seiner illegalen Einreise beziehungsweise während seines illegalen Aufenthalts keinen Aufenthaltsantrag oder Antrag auf internationalen Schutz eingereicht oder hat seinen Antrag nicht binnen der kn Gesetz vorgesehenen Frist gestellt

Aus der Verwaltungsakte geht nicht hervor, dass er versucht hat seinen Aufenthalt auf die gesetzlich vorgesehene Weise zuregularisieren.

3. Der Betreffende arbeitet nicht mit den Behörden zusammen oder hat nicht mit diesen Behörden zusammengearbeitet.

Der Betreffende ist innerhalb der durch Artikel des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 vorgesehenen Frist nicht in der Gemeinde vorstellig geworden und weist in keiner Hinsicht nach, dass er im Hotel übernachtet Gründe, aus denen dem Betreffenden ein Einreiseverbot auferlegt wird.

Aus dem/den folgenden Grund/Gründen geht der Entfernungsbefehl mit einem Einreiseverbot von zwei Jahren einher:

Der Betreffende ist am 11.03.2020 von den Diensten der Polizeizone Weser-Goehl vernommen worden und hat erklärt, weder Familie oder minderjährige Kinder in Belgien noch gesundheitliche Probleme zu haben.

So hat der Beauftragte des Staatssekretärs in seinem Entfernungsbefehl die Bestimmungen von Artikel 74/13 berücksichtigt

Der Betreffende hat nicht gezögert, sich illegal auf belgischem Staatsgebiet aufzuhalten. In der Erwägung an dieser Sachverhalte und im Hinblick auf den Belang der Einwanderungskontrolle ist ein Einreiseverbot von zwei Jahren verhältnismäßig.“

2. Untersuchung der Klage

2.1.1. Der erste Grund richtet sich gegen den ersten angefochtenen Beschluss, mit dem ein Verstoß gegen Art. 3 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK), gegen die Art. 2 und 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte und gegen Art. 62 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern (im Folgenden: Ausländergesetz) geltend gemacht wird. Er wird wie folgt erläutert:

« Le requérant reproche à la partie adverse de ne pas avoir examiné in concreto - ni, d'ailleurs, in abstracto - le risque de traitements inhumains et dégradants qu'il pourrait subir en violation de l'article 3 de la CEDH en cas de retour force dans son pays d'origine. En effet, le requérant a quitté le Nigeria en raison de la situation générale existante dans ce pays (conflit armé tant avec Boko Haram que l'armée gouvernementale, absence de travail, de perspectives d'avenir...). Ainsi, une simple recherche sur internet permet de démontrer que le Nigeria, tant la ville de naissance du requérant (Dans l'état de Bomo. pièces 4 et 5) que la région où le requérant a vécu durant de nombreuses années (Aba, dans la ville d'Abia, pièce 2), est soumis à un conflit armé provoquant de nombreux morts. Non seulement le groupe terroriste 'Boko Haram' se livre à des attaques sans fin sur la population, mais l'armée gouvernementale utilise également la violence et la détention arbitraire vis-à-vis de civils. A titre d'exemple, le 11 février 2020, l'armée nigériane a arrêté plus de 400 personnes suspectées de faire partie du groupe terroriste 'Boko Haram'. Des lors, l'Office des Etrangers savait, ou devait savoir, que le requérant risquerait de subir des traitements prohibés sur pied de l'article 3 de la CEDH en cas de retour dans son pays, voire dans sa ville d'origine. Il apparaît donc que la motivation de l'acte administratif qu'elles ne repose pas sur des faits exacts conformément aux articles 2 et 3 de la loi du 29 juillet 1991 sur la motivation formelle des actes administratifs et 62 de la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers.

ii. Situation générale au Nigeria L'ordre de quitter le territoire mentionne clairement qu'il y a lieu de faire embarquer le requérant a bord du prochain vol à destination du Nigeria

Or, il n'appartient donc pas à l'Office des Etrangers de remettre le requérant aux autorités nigérianes sous peine de violer l'article 3 de la CEDH. Lors de l'adoption de la décision attaquée, l'office des étrangers avait ou devait avoir connaissance des problèmes que rencontrait le Nigeria afin de sécuriser le pays. Or, La Cour EDH a déjà considéré que l'expulsion par un Etat membre peut soulever un problème au regard de l'article 3 de la CEDH, et donc engager la responsabilité d'un Etat contractant au titre de la Convention, lorsqu'il y a des motifs sérieux et avérés de croire que l'intérêse courra, dans le pays de destination, un risque réel d'être soumis à des traitements contraires à l'article 3 de la CEDH. Dans ces conditions, l'article 3 de la CEDH implique l'obligation de ne pas expulser la personne en question vers ce pays². Afin d'apprécier s'il y a des motifs sérieux et avérés de croire que l'étranger encourt un risque réel de traitement prohibé par l'article 3 de la CEDH, le Conseil se conforme aux indications données par la Cour EDH. A cet égard, celle-ci a jugé que, pour vérifier l'existence d'un risque de mauvais traitements, il y a lieu d'examiner les conséquences prévisibles de l'éloignement de l'intérêse dans le pays de destination, compte tenu de la situation générale dans celui-ci et des circonstances propres au cas de l'intérêse³. En l'occurrence, les informations disponibles sur le Nigeria permettent de démontrer qu'il existe à tous le moins un risque de subir des traitements inhumains ou dégradants dans ce pays. En effet, selon des rapports d'Amnesty International 2020, depuis décembre 2019, Boko Haram intensifie ses attaques contre les civils, les usagers des transports, les infrastructures et les installations humanitaires. Tout au long du conflit opposant l'armée nigériane à Boko Haram, Amnesty International à constate que l'armée recourrait à la détention arbitraire prolongée. Les soldats ont soumis des femmes, des enfants et des hommes places en détention à la torture et autres mauvais traitements, en violation du droit international humanitaire et relatif aux droits humains⁴. En date du 11 février 2020, des personnes suspectées de faire partie du groupe terroriste ont été arrêtées par l'armée nigériane. En effet, selon différents sites d'actualité nigérians, « The Nigerian Army has arrested over 400 suspected Boko Haram members in Abia state. They were apprehended along the Enugu-Port Harcourt expressway by soldiers attached to the 144 battalion in the Okowa Local Government Area. The suspects included eight women who were travelling in 35 buses, of which 2 escaped with their occupants. This is after a few insurgents planted some improvised explosive devices in a church in Imo State.

The state government also has noted with dismay the reckless and unguarded utterances coming from some northern individuals and groups pretending to be the voices of the people of the North. These unpatriotic elements for no just cause have deliberately employed all kinds of guerrilla tactics to tarnish

the good image of the Abia State government simply because it exposed and alerted the nation including the international community on the arrest of 486 suspected Boko Haram members by a team of vigilant and gallant soldiers on routine patrol at Aro Ngwa and Imo Gate along Enugu/Port Harcourt Expressway. »5. En l'espèce, il ne peut être exclu que le requérant risque de subir des traitements inhumains et dégradants en cas de retour au Nigeria. Premièrement, le requérant a quitté son pays d'origine durant l'année 2016, soit il y a plus de 4 ans. La situation générale (notamment sécuritaire) au Nigeria s'est considérablement aggravée, avec une recrudescence des attaques de Boko Haram envers les civils. Ensuite, il appartenait à l'office des étrangers d'examiner les conséquences prévisibles de l'éloignement du requérant vers le Nigeria compte tenu de sa situation générale et des informations disponibles et ce, quand bien même le requérant ait déclaré avoir quitté son pays pour trouver du travail. Or, il n'existe dans la décision attaquée aucune référence à la situation actuelle en vigueur au Nigeria. Il apparait donc que l'office des étrangers n'a effectué aucune vérification afin de voir si le requérant risquerait ou non de subir des traitements inhumains ou dégradants. En conclusion, il ne peut être exclu que le requérant, en cas de retour au Nigeria, voire même dans sa ville, subisse des traitements prohibés par l'article 3 de la CEDH et ce, quand bien même le requérant n'ait pas introduit de demande de protection internationale dès lors que l'article 3 est absolu et ne contient aucune exception. »

2.1.2. Artikel 2 und 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte verlangen, dass die Behörde die rechtlichen und tatsächlichen Erwägungen, die dem Beschluss zugrunde liegen, in den Akt aufnimmt, und zwar in „angemessener“ Weise. Die Angemessenheit der Begründung bedeutet, dass die Argumentation sachdienlich, d. h. eindeutig mit dem Beschluss verbunden, und überzeugend sein muss, d. h. die angegebenen Gründe müssen ausreichen, um den Beschluss zu stützen. Der Hauptgrund für die Begründungspflicht, die durch das oben genannte Gesetz vom 29. Juli 1991 auferlegt wird, besteht darin, dass der Betroffene in der Lage sein muss, im Beschluss selbst die Gründe zu finden, aufgrund derer er getroffen wurde, sodass ersichtlich oder zumindest nachvollziehbar ist, ob sich die Behörde auf rechtlich und tatsächlich korrekte Daten gestützt hat, ob sie diese Daten richtig bewertet hat und ob sie auf dieser Grundlage vernünftigerweise zu ihrem Beschluss gelangen konnte, sodass der Betroffene eine gut informierte Entscheidung darüber treffen kann, ob es angebracht ist, den Beschluss mit einer Nichtigkeitsklage anzufechten. (Staatsrat 18. Januar 2010, Nr. 199.583, Staelens; Staatsrat 11. Dezember 2015, Nr. 233.222). Artikel 62, §2 des Ausländergesetzes sieht ebenfalls eine Pflicht vor, Beschlüsse, die sich aus der Anwendung des Ausländergesetzes ergeben, ausdrücklich zu begründen.

Artikel 3 der EMRK besagt: „*Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.*“ Diese Bestimmung bekräftigt einen der zentralen Werte jeder demokratischen Gesellschaft und verbietet Folter und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung ohne Ausnahme, unabhängig von den Umständen und den Handlungen des Opfers (ständige Rechtsprechung: siehe z. B. M.S.S./Belgien und Griechenland, 21. Januar 2011, § 218).

Der EGMR hat bereits entschieden, dass die Ausweisung durch einen Mitgliedstaat ein Problem im Hinblick auf Artikel 3 der EMRK aufwerfen und somit einem Vertragsstaat die Verantwortung auferlegen kann, wenn es ernsthafte und nachgewiesene Gründe für die Annahme gibt, dass der Antragsteller im Bestimmungsland tatsächlich Gefahr lief, einer gegen Artikel 3 der EMRK verstoßenden Behandlung unterzogen zu werden. Unter diesen Umständen beinhaltet Artikel 3 der EMRK die Verpflichtung, die betreffende Person nicht in dieses Land abzuschieben (siehe EGMR, 4. Dezember 2008, Y./Russland, § 75 und die genannten Urteile: adde EGMR, 26. April 2005, Muslim/Türkei, § 66).

Eine Person, die sich auf diese Bestimmung berufen will, muss nachweisen, dass ernsthafte und stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass sie in dem Land, in das sie möglicherweise zurückgeführt wird, ernsthaft und tatsächlich Gefahr läuft, Folter oder erniedrigender Behandlung ausgesetzt zu werden, und eine Person, die behauptet, dass sie einer solchen Gefahr ausgesetzt ist, muss ihre Behauptungen durch Vorlage von Beweisen belegen. Der Schutz durch Artikel 3 der EMRK greift nur in Ausnahmefällen. Eine bloße Behauptung oder einfache Furcht vor unmenschlicher Behandlung ist an sich nicht ausreichend, um eine Verletzung von Artikel 3 EMRK zu begründen. Auch die Möglichkeit, dass Artikel 3 der EMRK verletzt sein könnte, reicht nicht aus.

Bei der Beurteilung der Frage, ob ernsthafte und stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass der Antragsteller tatsächlich Gefahr läuft, eine nach Artikel 3 EMRK verbotene Handlung zu erleiden, folgt der Rat den Leitlinien des EGMR. In diesen Fällen hat der EGMR entschieden, dass zur Prüfung des Risikos einer Misshandlung die vorhersehbaren Folgen der Abschiebung des Antragstellers in das Bestimmungsland untersucht werden müssen, wobei die allgemeine Situation in diesem Land und die

besonderen Umstände des Falles des Antragstellers zu berücksichtigen sind (siehe Y./Russland, a.a.O., § 78; EGMR, 28. Februar 2008, Saadi/Italien, §§ 128-129 ; EGMR, 30. Oktober 1991, Vilvarajah und Kons./Vereinigtes Königreich, § 108 in fine).

Was die Prüfung der besonderen Umstände des Falles des Antragstellers betrifft, so hat der EGMR entschieden, dass die geltend gemachte Gefahr einen individuellen Charakter hat, wenn sie hinreichend konkret und nachweisbar ist (siehe M.S.S./Belgien und Griechenland, a.a.O., § 359 in fine).

Erstens weist der Rat darauf hin, dass der Antragsteller nicht bestreitet, dass er bei seiner Vernehmung nur sehr allgemein angegeben hat, dass Bandenmitglieder in seinem Herkunftsland ihn töten wollten, ohne weitere Erläuterungen oder konkrete Argumente. Im angefochtenen Beschluss erklärte die beklagte Partei, dass eine solche bloße Behauptung nicht ausreiche und der Betroffene nachweisen müsse, dass es zwingende substanzelle Gründe für die Annahme gebe, dass er in Nigeria einer ernsthaften Gefahr von Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung ausgesetzt sei, um eine Verletzung von Artikel 3 festzustellen, was der Antragsteller in seinen Ausführungen nicht getan habe. Der Antragsteller weist nicht nach, dass die beklagte Partei keine ordnungsgemäße Untersuchung der Gefahr eines Verstoßes gegen Art. 3 EMRK unter Berücksichtigung der Tatsachen, die sie zum Zeitpunkt des Erlasses des angefochtenen Beschlusses kannte oder hätte kennen müssen, durchgeführt oder keine angemessene Begründung dafür gegeben hat.

In seinem Grund bezog sich der Antragsteller auf Berichte von Amnesty International aus dem Jahr 2020, in denen von einer Intensivierung der Angriffe von Boko Haram auf Zivilisten, Verkehrsteilnehmer, Infrastruktur und humanitäre Einrichtungen berichtet wurde. Diese Berichte weisen auch auf eine lange willkürliche Inhaftierung und Misshandlung durch das nigerianische Militär hin. Der Antragsteller führte auch Nachrichtenberichte über die Festnahme von etwa vierhundert (mutmaßlichen) Mitgliedern von Boko Haram an. Zu seinen eigenen Umständen im Einzelnen trägt der Antragsteller lediglich vor, dass sowohl in seiner Heimatstadt im Bundesstaat Borno als auch in der Stadt im Staat Abia, in der er mehrere Jahre gelebt habe, ein bewaffneter Konflikt zwischen Boko Haram und der nigerianischen Armee herrsche.

Diese allgemeinen Informationen reichen jedoch nicht aus, um eine ernsthafte und reale Gefahr von Folter oder erniedrigender Behandlung in Bezug auf den Antragsteller zu begründen. Die beklagte Partei verweist in dem Schriftsatz zu Recht darauf, dass der Antragsteller darlegen muss, wie die in den Berichten beschriebene allgemeine Situation auf ihn persönlich zutrifft. Er tut dies nicht. Auch mit seinem Hinweis auf den bewaffneten Konflikt zwischen Boko Haram und der nigerianischen Armee in Borno und Abia zeigt er nicht auf, dass in Nigeria, in der Region, in der er lebt oder sich niederlassen könnte, ein solches Ausmaß an willkürlicher Gewalt herrscht, dass seine bloße Anwesenheit dort ein reales Risiko einer Verletzung von Artikel 3 EMRK mit sich bringen würde. Darüber hinaus stellt der Rat fest, dass es trotz der Tatsache, dass der Schutz nach Artikel 3 EMRK absolut ist, überraschend ist, dass der Antragsteller nie einen Antrag auf internationalen Schutz gegenüber den belgischen Asylbehörden gestellt hat, was ihm unter den von ihm geschilderten Umständen zumutbar gewesen wäre.

2.1.3. Der erste Grund ist unbegründet.

2.2.1. Der zweite Grund richtet sich gegen das Einreiseverbot. Der Antragsteller führt einen Verstoß gegen Artikel 3 EMRK, die Artikel 62 und 74/11 des Ausländergesetzes, die Artikel 1 bis 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte sowie gegen den Anspruch auf rechtliches Gehör an. Er behauptet auch, dass ein offenkundiger Beurteilungsfehler vorliegt. Der Grund wird wie folgt dargelegt:

3.1. *L'Office des étrangers motive notamment sa décision de la manière suivante :*

(...)

L'article 74/11 de la loi sur les étrangers prévoit que : « § 1er. La durée de l'interdiction d'entrée est fixée en tenant compte de toutes les circonstances propres à chaque cas. La décision d'éloignement est assortie d'une interdiction d'entrée de maximum trois ans, dans les cas suivants : 1° lorsqu'aucun délai n'est accordé pour le départ volontaire ou; 2° lorsqu'une décision d'éloignement antérieure n'a pas été exécutée. fi Le délai maximum de trois ans prévu à l'alinéa 2 est porté à un maximum de cinq ans lorsque : 1° le ressortissant d'un pays tiers a recouru à la fraude ou à d'autres moyens illégaux afin d'être admis au séjour ou de maintenir son droit de séjour; 2° le ressortissant d'un pays tiers a conclu un

mariage, un partenariat ou une adoption uniquement en vue d'être admis au séjour ou de maintenir son droit de séjour dans le Royaume]." La décision d'éloignement peut être assortie d'une interdiction d'entrée de plus de cinq ans lorsque le ressortissant d'un pays tiers constitue une menace grave pour l'ordre public ou la sécurité nationale.

§ 2. Le ministre ou son délégué s'abstient de délivrer une interdiction d'entrée lorsqu'il met fin au séjour du ressortissant d'un pays tiers conformément à l'article 61/3, § 3, ou 61/4, § 2, sans préjudice du § 1er, alinéa 2, 2°, à condition qu'il ne représente pas fi une menace]* pour l'ordre public ou la sécurité nationale. Le ministre ou son délégué peut s'abstenir d'imposer une interdiction d'entrée, dans des cas particuliers, pour des raisons humanitaires.

§ 3. L'interdiction d'entrée entre en vigueur le jour de la notification de l'interdiction d'entrée. L'interdiction d'entrée ne peut contrevenir au droit à la protection internationale, telle qu'elle est définie aux articles 9ter, 48/3 et 48/4. ». L'article 74/11 de la loi du 15 décembre 1980 n'autorise pas l'adoption automatique d'une interdiction d'entrée. Il enjoint d'opérer une évaluation au cas par cas, qu'il encadre en fixant la durée maximale de l'interdiction d'entrée et en énumérant les diverses hypothèses dans lesquelles une interdiction d'entrée ne peut pas être édictée. La durée de l'interdiction d'entrée doit être fixée en fonction des circonstances propres à chaque espèce. L'article 74/11, § 1er, de la loi du 15 décembre 1980 prévoit que la durée de l'interdiction d'entrée est déterminée « en tenant compte de toutes les circonstances propres à chaque cas », tout en fixant deux délais maximums. Le premier délai maximum, de trois ans, concerne le ressortissant de pays tiers qui ne répond pas aux conditions pour bénéficier d'un délai de départ volontaire ou qui n'a pas exécuté une décision d'éloignement antérieure. Le second délai maximum, de cinq ans, concerne le ressortissant de pays tiers qui a commis une fraude au séjour ou un mariage de convenance. Ce délai maximum de cinq ans peut être étendu au-delà pour l'étranger qui présente un danger pour l'ordre public ou la sécurité nationale.

3.2. Le requérant n'a pas plus été invité à être entendu sérieusement par les autorités. La jurisprudence de la Cour de Justice de l'Union européenne, à laquelle se rallie Votre Conseil (voir l'arrêt « M.G. et N.R. » du 10 septembre 2013), prévoit que « selon le droit de l'Union, une violation des droits de la défense, en particulier du droit d'être entendu, n'entraîne l'annulation de la décision prise au terme de la procédure administrative en cause que si, en l'absence de cette irrégularité, cette procédure pouvait aboutir un résultat différent. Pour qu'une telle illégalité soit constatée, il incombe en effet au juge national de vérifier, lorsqu'il estime être en présence d'une irrégularité affectant le droit d'être entendu, si, en fonction des circonstances de fait et de droit spécifiques de l'espèce, la procédure administrative en cause aurait pu aboutir à un résultat différent du fait que les ressortissants des pays tiers concernés auraient pu faire valoir des éléments de nature à [changer le sens de la décision] ». Au vu du dossier administratif, qu'il ressort du questionnaire du 11 mars 2020, que le requérant a été entendu parce qu'il est en séjour illégal, et que c'est pourquoi il va recevoir un ordre de quitter le territoire (avec maintien ou non) en vue de son éloignement vers son pays d'origine ou vers un autre pays où il peut retourner. Partant, il ne peut être valablement considéré que le requérant a pu, lors de cette audition faire connaître son point de vue, s'agissant de l'interdiction d'entrée prise à son égard. En l'espèce, le requérant a quitté le Nigeria il y a plusieurs années à destination de la Belgique. Or, depuis lors, la situation générale (notamment sécuritaire) prévalant au Nigeria s'est considérablement dégradée, comme le démontre le requérant dans le présent recours, contre l'ordre de quitter le territoire au point « ii. Situation générale au Nigeria ». Il ne peut en outre être exclu que les éléments dont le requérant fait état - notamment ayant trait à la situation sécuritaire au Nigeria -, puissent avoir une incidence, a tout le moins, sur la durée de l'interdiction d'entrée.

3.3. En outre, l'interdiction d'entrée est un acte ayant une portée juridique propre qui ne se confond pas avec celle de l'ordre de quitter le territoire. L'objet de ces décisions est différent. Il en est de même des motifs justifiant leur adoption. En conséquence, l'interdiction d'entrée cause un grief distinct de celui résultant de l'ordre de quitter le territoire. La décision de retour constraint l'étranger à s'éloigner de la Belgique et l'interdiction d'entrée l'empêche d'y revenir. En outre, l'importance du grief, cause par l'interdiction d'entrée, dépend de la durée pour laquelle elle est imposée. Des lors que l'interdiction d'entrée était de nature à affecter de manière défavorable et distincte de l'ordre de quitter le territoire les intérêts du requérant, son droit à être entendu impliquait que la partie défenderesse l'invite à exposer également son point de vue au sujet de cette interdiction avant de l'adopter (voir en ce sens : C.E. n° 233.257 du 15 décembre 2015).

3.4. Concernant enfin la violation de l'article 3 de la CEDH, le requérant renvoie vers le point 'ii. Situation générale au Nigeria', du présent recours introduit à l'encontre de l'ordre de quitter le territoire. Il est démontré qu'en raison de la situation sécuritaire au Nigeria, il ne peut être exclu que le requérant subisse des traitements inhumains ou dégradants. En conséquence, l'acte attaqué étant illegal, doit être annulé.

2.2.2. Der Rat stellt zunächst fest, dass der Antragsteller nicht bestreitet, dass er im Zusammenhang mit dem Erlass der Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen angehört worden ist, und der beklagten Partei nur vorwirft, dies nicht in Bezug auf das Einreiseverbot getan zu haben, während es sich dabei um einen von dem Ausreisebefehl separaten Beschluss handelt, der für ihn andere Folgen hat. Der Antragsteller ist der Ansicht, dass die beklagte Partei ihm nicht die Möglichkeit gegeben habe, sich zu dem Einreiseverbot zu äußern, obwohl nicht auszuschließen sei, dass die von ihm angesprochenen Punkte, insbesondere die Sicherheitslage in Nigeria, zumindest Auswirkungen auf die Dauer des Einreiseverbots haben könnten.

Das Recht auf Anhörung gewährleistet das Recht aller Personen, im Verlauf eines Verwaltungsverfahrens und vor einem Beschluss, der ihre Interessen beeinträchtigen könnte, gehört zu werden, um ihren Standpunkt angemessen und wirksam darzulegen. Zweck dieser Regelung ist es insbesondere, den wirksamen Schutz der betroffenen Person zu gewährleisten, ihr die Möglichkeit zu geben, einen Irrtum zu korrigieren oder individuelle Umstände anzuführen, die die Annahme, Nichtannahme oder Annahme eines bestimmten Beschlusses rechtfertigen.

Abgesehen von der Frage, ob die Tatsache, dass der Antragsteller am Tag vor dem Erlass der beiden angefochtenen Beschlüsse angehört wurde, ausreicht, um dem Anspruch auf rechtliches Gehör zu genügen, stellt der Rat fest, dass beide Parteien zu Recht darauf hingewiesen haben, dass der Gerichtshof der Europäischen Union wiederholt entschieden hat, dass eine Verletzung der Verteidigungsrechte, insbesondere des Anspruchs auf rechtliches Gehör, nach dem Unionsrecht nur dann zur Nichtigerklärung des im Anschluss an das Verwaltungsverfahren getroffenen Beschlusses führt, wenn dieses Verfahren ohne diese Unregelmäßigkeit ein anderes Ergebnis hätte haben können. Daraus folgt, dass nicht jeder Verstoß gegen das Recht auf Anhörung systematisch zur Rechtswidrigkeit des getroffenen Beschlusses führt. Um eine solche Rechtswidrigkeit festzustellen, ist unter Berücksichtigung der besonderen tatsächlichen und rechtlichen Umstände des Falles zu prüfen, ob das betreffende Verwaltungsverfahren zu einem anderen Ergebnis hätte führen können, da der Betroffene Elemente zur Rechtfertigung seines Standpunkts hätte vorbringen können (EuGH 10. September 2013, M.G. und N.R., C-383/13 und dort zitierte Rechtsprechung).

In casu beruft sich der Antragsteller auf die Verschlechterung der Sicherheitslage in Nigeria und verweist auf die Argumente, die er in diesem Zusammenhang in seinem ersten Grund vorgetragen hat.

Der Rat stellt fest, dass die Gefahr, auf die sich der Antragsteller im Hinblick auf Artikel 3 der EMRK beruft, untrennbar mit seiner Entfernung aus dem Staatsgebiet verbunden ist. Der angebliche Verstoß gegen Artikel 3 EMRK kann daher grundsätzlich nur gegen einen solchen Entfernungsbeschluss geltend gemacht werden und ist für das mit diesem Entfernungsbeschluss einhergehende Einreiseverbot an sich nicht relevant.

Denn das Einreiseverbot - in diesem Punkt kann dem Antragsteller gefolgt werden - stellt eine eigenständige, aber eindeutig akzessorische Maßnahme zur Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen dar (vgl. Staatsrat 18. Dezember 2013, Nr. 225.872). Es ist darauf hinzuweisen, dass ein Einreiseverbot an sich keine Ausweisung oder Entfernung aus dem Staatsgebiet anordnet, sondern lediglich bedeutet, dass dem betreffenden Drittstaatsangehörigen die Einreise oder der Aufenthalt im Staatsgebiet der Schengen-Staaten während der Gültigkeitsdauer untersagt ist (siehe Artikel 1, 8° des Ausländergesetzes). Ist die beklagte Partei aufgrund der besonderen Situation nicht in der Lage, dem betreffenden Ausländer eine Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen zu erteilen, so ist sie *ipso facto* daran gehindert, ein Einreiseverbot zu verhängen. Die behauptete unmenschliche oder erniedrigende Behandlung im Herkunftsland steht daher in keinem Zusammenhang mit der Verhängung des mit dem zweiten Grund angegriffenen Einreiseverbots, sodass sich der Antragsteller auch in Bezug auf dieses Einreiseverbot nicht wirksam darauf berufen kann.

Darüber hinaus betont der Rat, dass der erste Grund, der sich gegen die Anweisung das Staatsgebiet zu verlassen, richtet und auf Artikel 3 der EMRK gestützt ist, für unbegründet befunden wurde, da der Antragsteller keine ernsthafte und reale Gefahr von Folter oder erniedrigender Behandlung nachweist.

Folglich zeigt der Antragsteller jedenfalls nicht auf, dass der Entscheidungsprozess zu einem anderen Ergebnis hätte führen können, wenn er erneut zur Sicherheitslage in Nigeria im Zusammenhang mit dem Einreiseverbot angehört worden wäre. Die behauptete Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör kann daher *in casu* nicht zur Aufhebung des angefochtenen Beschlusses führen.

2.2.3. Der zweite Grund, der nicht weiter gefasst ist als der oben beurteilte, ist unbegründet.

AUS DIESEN GRÜNDEN BESCHLIEßT DER RAT FÜR AUSLÄNDERSTREITSACHEN:

Einziger Artikel

Die Nichtigkeitsklage wird abgewiesen.

Also in Brüssel in öffentlicher Sitzung am zwanzigsten Mai zweitausend und einundzwanzig verkündet von:

Frau A. WIJNANTS, dienstuender Präsidentin, Richterin für Ausländerstreitsachen,

Frau C. VAN DEN WYNGAERT, Greffierin

Die Greffierin, Die Präsidentin,

C. VAN DEN WYNGAERT A. WIJNANTS